

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Preis pro Quartal: 3 Reichsmark. Bei Abnahme für den Monat, den halbjährigen oder den jährlichen Preis, ist die Abnahme durch die Post zu bewerkstelligen. Die Abnahme durch die Post ist mit dem Postumschlag zu bewerkstelligen. Die Abnahme durch die Post ist mit dem Postumschlag zu bewerkstelligen. Die Abnahme durch die Post ist mit dem Postumschlag zu bewerkstelligen.

Angelagerter: Die 8 gepaltene Raumgröße 20 Kilo, die 4 gepaltene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 2 gepaltene Reichsmarkgröße im teilweisen Teile 1 Reichsmark. Nachmittagspreis 20 Reichsmark. Wochensatz mit Wochensatzpreis 10 Reichsmark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Abnahme durch die Post ist mit dem Postumschlag zu bewerkstelligen. Die Abnahme durch die Post ist mit dem Postumschlag zu bewerkstelligen. Die Abnahme durch die Post ist mit dem Postumschlag zu bewerkstelligen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 36 — 90. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 12. Februar 1931

Die Zielfestlegung.

Zur Reichstagsdebatte haben sich die Gegenstände erneut stark verschärft. Die Opposition fühlt sich durch die Annahme der neuen Geschäftsordnung des Reichstages getrieben und ist darüber sehr unzufrieden. Sie hat es denn auch nicht unterlassen, ihren Unmut demonstrativ vor allem Welt zu bezeugen. Vor der Rede des Reichsaussenministers verließ sie nach geharnischten Erklärungen den Sitzungssaal. Die Mehrheitsparteien waren zwar etwas überrascht, ließen sich indessen in ihren Beratungen kaum stören. Aber vielleicht hat der Reichstagspräsident Löbe die Situation richtig gekennzeichnet, wenn er von einer ersten Lage sprach und wenn er die Abgeordneten aufforderte, dafür Sorge zu tragen, daß der Reichstag nicht der Beschlußunfähigkeit anheimfalle. Zweifelsfrei ist der Grund für das neue plötzliche hitzige Auseinanderfallen der Geister. Einmal wollte die Rechtsopposition, wie gesagt, mit ihrem Auszug nochmals Protest erheben gegen die Einführung der neuen Geschäftsordnung, zum andern wollte sie wohl auch den in der Diplomatenloge versammelten fremden Vertretern der auswärtigen Mächte erneut ihren stärksten Mißmut über die Führung der deutschen Außenpolitik, über Versailles und den Young-Plan bekunden. Das politische Barometer steht auf Sturm. Der politische Beobachter spricht unter Bezugnahme auf die Vorgänge im Reichstag von einem „geschichtlich-politischen Ereignis“. Das Wort kündigt eine tiefe nationalsozialistische Versammlungswelle an und betont, daß der Auszug der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion keine vorübergehende Sonderaktion darstellt, sondern den Anfang eines neuen Abschnittes in der Geschichte der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung bedeute. Auf der anderen Seite wird die Regierung angefordert, ein waches Auge gegenüber diesem nationalsozialistischen Beginnen zu haben, um sich nicht überraschen zu lassen.

Außenminister Curtius hat nach dem Auszug der Rechtsopposition dann seine Rede, die vielleicht mehr an die Adresse des Auslandes gerichtet als für das deutsche Volk bestimmt war, ohne die Anwesenheit der Rechtsopposition gehalten. In den einzelnen, deutlich voneinander getrennten Abschnitten der Curtius-Rede ist jedesmal eine klare programmatisch-strategische Erklärung zu finden: Zurückhaltung in der Pan-Europa-Frage, Verständigung mit Frankreich, aber nicht „auf der Grundlage unseres schwersten Niederdrucks“. Dann folgt die scharfe Unterbrechung unseres Rechtsanspruches auf Durchführung der allgemeinen Abrüstung, wie sie aber durch das Arbeitsergebnis der Abrüstungskommission nicht zu erreichen ist. Die Lösung der Abrüstungsfrage ist der „Kernstein des Völkerbundes“. Im deutschen politischen Streit: Nachprüfung dessen, was Polen bis zur Wahrung des Völkerbundes getan und nicht getan hat und hernach ein Versuch zu weiterer Verbesserung des Runderhebenverfahrens. In der Frage der Behandlung unserer früheren Kolonien: Vorläufige Beobachtung des Verhaltens der Mandatarmächte und rechtzeitiges Eingreifen, wenn hier Verstöße erfolgen. Und weiter: Deutschlands Verhältnis zum und im Völkerbund. Wir sind durchaus nicht in unbilliger Eile mit ihm „vertraten“, sondern wenn er sich der Erfüllung derjenigen Aufgaben, die die Grundlage seines Daseins bilden, verweigert, dann wären wir vielleicht eines Tages zu neuen Entschlüssen gezwungen. Auch an der Kriegsschuldfrage ging Dr. Curtius durchaus nicht stumm vorüber. Der deutsche Standpunkt hierin ist so oft und so klar dargelegt, amtlich und durch alle deutschen Regierungen, daß es nicht noch weiterer einseitiger Reklamationen von unserer Seite bedarf. Der Reichsaussenminister spielt damit auf die vielfach geforderte „Kündigung des Kriegsschuldparagraphen des Versailler Vertrages“ durch Deutschland an, die aber — vorläufig noch — auf der Gegenseite nur als Geste ohne formell-völkerrechtlich-juristische Wirkung empfunden und bezeichnet werden würde. Er will den Kampf gegen diese Lage auf anderen, längst und erfolgreich beschrittenen Wegen weiterführen.

Und der letzte, aber der Höhepunkt in den Ausführungen: da stehen die zwei Sätze, daß „wie nie die Erfüllung des Young-Plans garantiert haben“. Und daß wir ihn nicht „zerreißen“, sondern seine Revision „auf dem Vertragsboden und nur mit den Mitteln internationaler Rechtsordnung“ betreiben werden. Die Weltweite hat alles auf den Kopf gestellt und infolgedessen ist die Revisionsfrage nicht bloß der Drehpunkt unserer finanziellen Sanierungsbestrebungen, sondern Finanz- und soziale Not unseres Volkes „bringt diese Frage in den Vordergrund auch des außenpolitischen Handlungsbereichs“. Das ist die Zielfestlegung, — und darin sind ja die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien auch mit der Opposition völlig einig.

Aufhebung des Kriegsschuldurteils verlangt

Entscheidung zur Kriegsschuldfrage im Reichstag. Im Reichstag haben die Abgeordneten Tausch-Gamburg (D. Vp.) und Vertius (Z.) folgende Entscheidung zur Kriegsschuldfrage eingebracht:

Die Lücke im Reichstag

Die Taktik der Rechtsopposition.

Noch keine Klarheit über die Wege.

Über die endgültigen Ziele der Rechtsopposition nach ihrem Auszug aus dem Reichstag herrscht noch Dunkel. Insbesondere ist noch nicht geklärt, ob die Sezession der einzelnen Parteien aus gleichen Gründen erfolgte oder teilweise, um gegen die Gesamtheit der Regierungsmassnahmen zu protestieren, und teilweise aus Opposition lediglich gegen die Außenpolitik Curtius. Mit anderen Worten, man weiß vorläufig noch nicht, ob die Rechtsopposition überhaupt ihre praktische Beteiligung an den Reichstagsarbeiten einstellen, oder nur bei der außenpolitischen Debatte fehlen wird. Mannigfache Gerüchte sind natürlich in den Wandelgängen des Parlaments verbreitet über die möglichen Schritte der Opposition. So verlautet, daß die Parteien der Rechtsopposition beabsichtigen, sich als „Parlament der nationalen Opposition“ in Weimar anzumelden, eine Nachricht, die allerdings mit einigem Zweifel aufgenommen wird. In einer Versammlung der Deutschen nationalen Volkspartei in Oldenburg machte nämlich der Reichstagsabgeordnete Stubbendorff im Zusammenhang mit dem Auszug der Rechtsparteien aus dem Reichstag die Mitteilung, daß die nationale Opposition in Kürze ein Rumpfparlament aufzumachen beabsichtige. Von zuständiger Berliner Parteiführung der Deutschen nationalen Volkspartei wird hierzu bemerkt, daß diese Mitteilung nicht den Tatsachen entspreche. Ferner heißt es, daß man vor habe, lediglich als „Beobachter“, wie sie ja beim Völkerverbund so beliebt sind, im Reichstag zu bleiben. Wahrscheinlich besteht bei den ausgeschiedenen Fraktionen selbst noch keine Klarheit über die Art des weiteren Vorgehens, und es ist ja auch verständlich, daß man einen so weittragenden Schritt, wie ein eventuelles völliges Ausbleiben aus den parlamentarischen Arbeiten nicht ohne reifliche Überlegung tun wird.

Rumpf-Reichstagsausschüsse.

Die Rechtsopposition scheidet.

Im Reichstag waren der Haushaltsausschuß zur Weiterberatung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums und der Strafrechtsausschuß, der den Strafgesetzbuchentwurf weiterberät, zusammengetreten. Der Sozialpolitische Ausschuß beschäftigt sich mit dem Gesetzentwurf über die Entschädigung der gewerkschaftlichen Stellenvertreter und mit einer sozialdemokratischen Entschädigung über die Neuregelung des Wohnwesens der Hansaangestellten. An den Sitzungen dieser Ausschüsse haben weder die nationalsozialistischen noch die deutschen nationalen Mitglieder teilgenommen. Der Roggenfühlungsuntersuchungsausschuß setzte in einer vertraulichen Sitzung seine Arbeit fort. Er beschäftigte sich zunächst mit der polnischen Roggenkonvention. Die nationalsozialistischen Ausschußmitglieder und der Vertreter des Landvolkes waren nicht erschienen. Für die Deutschen nationalen teilte der Abgeordnete Stubbendorff mit, daß er von seiner Fraktion die Weisung erhalten habe, an der Sitzung nicht teilzunehmen; er hoffe jedoch, schon in der Donnerstagssitzung wieder mitarbeiten zu können.

Reichstagspräsidium ohne Nationalsozialisten.

Die Beschlüsse des Altpräsidenten.

Der Altpräsident des Reichstages beschäftigte sich u. a. auch mit der durch das Fernbleiben der Rechtsopposition geschaffenen Lage. Es wurde beschlossen, am Donnerstag die Befugung der frei gewordenen Stellen des Vizepräsidenten und zweier Schriftführer vorzunehmen. Die in den Ausschüssen frei gewordenen Ämter werden von den bereits vorhandenen Stellvertretern übernommen. Die Ausschüsse, die bisher nationalsozialistische Vorsitzende hatten, werden also in Zukunft durch die Stellvertretenden Vorsitzenden einberufen. Am Donnerstag soll nach Vornahme der Ersatzwahlen die Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums beginnen. Außer den drei Tagen um Fastnacht sollen auch die beiden letzten Februartage sittingsfrei bleiben. Als vorläufiger neuer Vizepräsident wird Freiherr von Kardorff (D. Vp.) aenannt.

Der Deutsche Reichstag lenkt erneut die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf die schwere Beeinträchtigung der Gedanken des Friedens und der Verständigung durch das Kriegsschuldurteil des Versailler Vertrages. Deutschland hat unter Zwang den Vertrag unterzeichnet, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei. Das im Artikel 231 ausgesprochene einseitige Schuldurteil ist nur geeignet, das Vertrauen unter den Völkern, das für den wahrhaften Frieden erforderlich ist, dauernd zu beeinträchtigen. Die restlose Aufklärung der Vorgänge, die zum Weltkrieg führten, auf der Grundlage

Appell des Landvolks an die Rechtsopposition.

Drohender Schaden für die Landwirtschaft. Die Parteileitung der Deutschen Landvolkpartei teilt mit: Im Haushaltsausschuß des Reichstages ist der Antrag der Fraktion Deutsches Landvolk auf Erhöhung des Brennerechts für landwirtschaftliche Brennereien auf 100 Prozent abgelehnt worden, weil die Vertreter der Nationalsozialisten und der Deutschen nationalen auf Grund ihres Auszuges aus dem Reichstage fehlten. Diese Ablehnung eines landwirtschaftlichen Antrages ist die erste Folge der nationalsozialistischen Obstruktion und stellt eine schwere Benachteiligung der Landwirtschaft dar. Deutschnationale und Nationalsozialisten können die schwere Gefahr von der Landwirtschaft nur abwenden, wenn sie sofort wieder praktische Arbeit im Interesse der nationalen Wirtschaft leisten.

Das Präsidium des Reichslandbundes zur Lage.

Der Reichslandbund teilt mit: Der Reichslandbund sieht keine Veranlassung, zu den Vorgängen im Parlament zuerst im einzelnen Stellung zu nehmen. Er überläßt die Auseinandersetzung über das Verhalten der einzelnen Abgeordneten der Auseinandersetzung dieser Abgeordneten mit ihren Wählern. Unberührt bleibt der Reichslandbund den Kampfweg, den er durch seinen Beschluß am Reichslandbundesrat der Öffentlichkeit bekanntgegeben hat. Der Kampf des Reichslandbundes gilt der Regierung. Die Entscheidung darüber, daß die Regierung der Landwirtschaft selbst bisher keine Kenntnis von den beabsichtigten Maßnahmen gegeben hat, ist ständig im Blicken, um so mehr, als die Zulage der Regierung, daß die erforderlichen agrarischen Vorlagen in kürzester Frist den Instanzen zugeleitet würden, bis heute unerfüllt ist. Das Mißtrauen gegenüber der Regierung erhält dadurch besondere Nahrung, daß der Öffentlichkeit ebenfalls bisher die der Regierung übergebenen Forderungen der Grünen Front nicht bekanntgegeben werden konnten. Der Reichslandbund muß den Eindruck gewinnen, daß die Landwirtschaft wieder erneut dem Willen und den Interessen der durch Export und Handelsinteressen beeinflussten Parlamentariermehrheit ausgeliefert werden soll. Der Reichslandbund begrüßt in seinem Kampf jeden als Bundesgenossen, der mit ihm die der Landwirtschaft durch Regierung und diese Parlamentariermehrheit drohenden Gefahren mit äußerster Energie bekämpft.

Keine deutschnationale Opposition im Roggenfühlungs-Ausschuß.

Stubbendorff bleibt tätig. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat dem Abgeordneten Stubbendorff den Auftrag erteilt, seine Tätigkeit im Untersuchungsausschuß über die Roggenfühlungsaktion der Regierung weiter auszuüben, weil es sich hier um einen Ausschluß handelt, dessen Einsetzung einer deutschnationalen Forderung entspricht.

Spaltung der Landvolkfraktion.

Drei Mitglieder ausgeschieden.

Die Erklärung des Abgeordneten Dr. Wendhausen von der Landvolkpartei am 10. Februar im Reichstag und der Auszug seiner Freunde aus dem Sitzungssaal gemeinsam mit den Nationalsozialisten und den Deutschen nationalen veranlaßte den Vorstand der Landvolkpartei, dazu Stellung zu nehmen. Von den drei Abgeordneten wurde verlangt, daß sie sich den Beschlüssen des Parteivorstandes grundsätzlich fügen und an den Reichstagsverhandlungen teilnehmen.

Da die Abgeordneten Dr. Wendhausen, von Eybel und Sieber erklärten, sich diesen Beschlüssen des Parteivorstandes nicht fügen zu können, stellte der Parteivorstand fest, daß damit die drei Abgeordneten sich selbst außerhalb der Reichstagsfraktion und der Partei gestellt hätten.

Mißtrauensantrag der Landvolkfraktion gegen Curtius.

Die Landvolkfraktion des Reichstages hat jetzt ebenfalls einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsaussenminister Dr. Curtius eingebracht.

wahrheitsuchender historischer Forschung ist daher dringend erforderlich.

Deutschland fordert aus diesem Grunde zur Befestigung des einseitigen, den historischen Tatsachen nicht entsprechenden Kriegsurteils, wie es im Artikel 231 im Versailler Vertrag zum Ausdruck kommt, die Bildung eines internationalen Ausschusses von unparteiischen Sachverständigen, der allein ein objektives Urteil über die Vorgänge abgeben kann, die zum Ausbruch des Weltkrieges geführt haben.

Der Reichstag ersucht die Reichsregierung, alle ihr möglichen Schritte zu tun, um diese Forderung durchzuführen.